Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8658**
18. Wahlperiode 03.06.2016

Fragen

für die Fragestunde der 175. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Juni 2016

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Welche Unterstützung erhält die unter dem „Portal antifaschistischer Initiativen“ aufgeführte Gruppe Willkommensnetzwerk „Pankow Hilft!“ von der Bundesregierung, und welche Unterstützung erhalten andere auf dem Portal genannte Gruppen („Linke jagen Berliner Zahnarzt und bekommen Geld vom Staat“, B.Z. vom 18. Mai 2016)?

2. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welchen Angelegenheiten vertreten die Kanzlei Dolde Mayen & Partner oder andere Anwaltskanzleien die Conterganstiftung für behinderte Menschen, und warum wird das in diesen Fällen nicht von den bei der Conterganstiftung beschäftigten Volljuristen übernommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Werden Nachbesserungen am Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe (Bundestagsdrucksache 18/7823) durch den Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, wie es u. a. im „Handelsblatt“ („Gröhe schnürt Reform der Pflegeberufe auf“, 1. Juni 2016) und in der „Berliner Zeitung“ („Reform der Pflegeberufe wird geändert“, 2. Juni 2016) behauptet wird, nach Ansicht der Bundesregierung Einfluss auf den vorgesehenen Zeitplan – Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag vor der Sommerpause – haben?

4. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Änderungen am Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe (Bundestagsdrucksache 18/7823) plant die Bundesregierung, und wird sie sich dabei am Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD orientieren, in dem es heißt: „Wir wollen die Pflegeausbildung reformieren, indem

wir mit einem Pflegeberufegesetz ein einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege etablieren“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

5. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (BER), dass der Flughafen BER noch im Jahr 2017 eröffnet werden kann, wenn doch die entscheidende Voraussetzung, die Genehmigung des 5. und 6. Nachtrags zur Baugenehmigung im Frühjahr 2016 (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage „Wirtschaftlichkeit des Flughafenprojektes BER“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/7051), nicht erfüllt ist?

6. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung nicht die EU-Kommission um eine Klärung oder Auslegung der geltenden Verordnung (EG) Nr. 715/2007 hinsichtlich der Ausnahmetatbestände für die Verwendung von Abschalteinrichtungen bei den Abgasnachbehandlungssystemen von Dieselfahrzeugen gebeten, und welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Präzisierung der Ausnahmetatbestände für die Ausgestaltung entsprechender Durchführungsrichtlinien insbesondere auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 7. Juni 2016 eingebracht?

7. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans 2030 beide Ausbaustufen der Betuweroute (dreigleisiger Ausbau und Geschwindigkeitserhöhung auf 200 km/h) fest disponiert, und was bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die zweite Ausbaustufe nicht im sogenannten Bezugsfall ist?

8. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über bislang getätigte Finanzierungen des Landes Nordrhein-Westfalen, die der Vorbereitung des Ausbaus der Betuweroute dienen, und inwiefern ist eine Erstattung dieser Kosten (oder eines Teils davon) durch den Bund geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

9. Abgeordnete **Katrin Kunert** (DIE LINKE.)

Wie ist der Stand der Länder- und Verbändebeteiligung am Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung, und wann genau beabsichtigt die Bundesregierung, den Entwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen?

10. Abgeordnete **Katrin Kunert** (DIE LINKE.)

Welche Änderungswünsche haben die Länder und Verbände in diesem Zusammenhang vorgetragen, und in welchem inhaltlichen Umfang wurden diese Vorschläge in der abschließenden Prüfung des Verordnungsentwurfs aufgegriffen?

11. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) über den derzeitigen antragstellerseitigen Stand der Arbeiten an Anträgen zur Zwischenlagerung der insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield in Zwischenlagern an Atomkraftwerke-Standorten (ggf. bitte auch mit zeitlichen Prognosen), und ggf. welche Fortschritte wurden bei etwaigen weiteren Sitzungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe (AG) des BMUB und der Energieversorgungsunternehmen zu diesem Thema seit der zweiten AG-Sitzung am 16. November 2015 erzielt (ggf. bitte möglichst auch mit Angabe der jeweiligen Sitzungstermine und -teilnehmer wie in der Antwort der

Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 18/142, Anlage 32; dazu, dass zwischen dem 16. November 2015 und dem 13. April 2016 keine betreffende AG-Sitzung stattfand, siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 9, Plenarprotokoll 18/163, Anlage 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

12. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

In welcher Höhe sind – unter Angabe der Bau- und der Baustellensicherungskosten – im Jahr 2016 Mittel für den Teilchenbeschleuniger FAIR (Facility for Antiproton and Ion Research) aus den im laufenden Bundeshaushalt bereitgestellten 75,11 Millionen Euro verausgabt worden, und wann rechnet das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Hinblick auf Medienberichte im Darmstädter „ECHO ONLINE“ vom 17. Mai 2016 („Ungenutzte Baustellenstraße für Radler tabu“) mit einer Wiederaufnahme der „seit langem ruhenden FAIR-Bauarbeiten“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

13. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich die Bundesregierung konkret die Zusammenarbeit mit Unternehmen vor, um Fluchtursachen zu bekämpfen (vgl. Handelsblatt vom 2. Juni 2016), und welchen finanziellen Umfang von Seiten des Bundes soll diese Zusammenarbeit haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

14. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern war der Lenkungsausschuss des Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan) der EU-Kommission, in dem die Bundesregierung Mitglied ist, über die bzw. mit der Entstehung des „Issues Papers No. 10 ‚Nuclear'" der EU-Kommission, das am 6. April 2016 vom SET-Plan-Sekretariat online veröffentlicht wurde, vor dem 6. April 2016 in irgendeiner Form informiert und befasst (die Frage zielt auf die etwaige Kenntnis und/oder eine etwaige aktive Rolle des Lenkungsausschusses bezüglich der Genese des Papiers in einem weiten Sinn ab, um vollständige Angabe wird gebeten; vgl. hierzu auch die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 20, Plenarprotokoll 18/172, S. 16960 D f.), und – sofern der Lenkungsausschuss vor dem 6. April 2016 keinerlei Bezug zur Entstehung des Papiers hatte – wer entscheidet nach Kenntnis der Bundesregierung, mit welchen Teilen der SET-Plan-Arbeit der Lenkungsausschuss des SET-Plans befasst wird oder nicht (bitte möglichst vollständige und differenzierte Angabe, insbesondere einschließlich der betreffenden Kenntnisse des Vertreters der Bundesregierung in diesem Lenkungsausschuss)?

15. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ab wann können Käuferinnen und Käufer von Elektrofahrzeugen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die Kaufprämie für Elektro- und Hybridfahrzeuge tatsächlich beantragen bzw. bekommen sie ausgezahlt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung der EU-Kommission, dass die Kaufprämie EU-rechtlich nicht genehmigungsfähig sein könnte (siehe www.autobild.de/artikel/kaufpraemie-fuer-elektroautos-update-8535657.html)?

16. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann ist mit der Notifizierung des am 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) durch die EU-Kommission zu rechnen, und welche Änderungen des KWKG werden ggf. erforderlich sein (bitte Änderungen unter Angabe des Zeitplans konkret benennen)?

17. Abgeordnete **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum soll nach den Plänen der Bundesregierung mit der aktuellen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere in sogenannten Netzengpassgebieten verringert werden, während die Bundesregierung auf der anderen Seite keine konkreten Maßnahmen zur Reduzierung von konventionellen Must-Run-Kapazitäten vorlegt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Details sind der Bundesregierung zum „Abschuss einer Beobachtungsdrohne" der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ostukraine bekannt (Statement des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, vom 27. Mai 2016; bitte den Typ der Drohne und die mutmaßlichen Verursacher bzw. die der Bundesregierung bekannten Hintergründe schildern), und was ist der Bundesregierung über die Verantwortlichen für weitere von Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier erwähnte „Übergriffe auf die Mission" bekannt?

19. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP) „Wirtschaft und Menschenrechte" vor dem Hintergrund ihrer Ankündigung, einen ambitionierteren NAP als Großbritannien vorzulegen, und der Tatsache, dass die britische Regierung in ihrem aktualisierten NAP (www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/522805/Good_Business_Implementing_the_UN_Guiding_Principles_on_Business_and_Human_Rights_updated_May_2016.pdf, S. 11) das Vorhaben der EU unterstützen möchte, die möglichen menschenrechtlichen Auswirkungen von Handelsabkommen zu untersuchen, um zu gewährleisten, dass die Handels- und Investitionsabkommen die staatlichen Spielräume zur Umsetzung von Menschenrechten nicht einschränken, und wie rechtfertigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund von allseits bekannten Defiziten freiwilliger Selbstverpflichtungen

(http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/maerchen-freiwilligen-unternehmensverantwortung), im Rahmen des NAP keine verbindliche Regelung zur Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht zu etablieren?

20. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Bis zu welchem konkreten Datum wird die Bundesregierung die im NAP „Wirtschaft und Menschenrechte“ enthaltenen Empfehlungen selbst umsetzen, und welche Frist wird sie der Privatwirtschaft einräumen, damit diese ihrerseits die vom Aktionsplan angemahnten Veränderungen tatsächlich noch vor der nächsten Bundestagswahl 2017 umsetzen kann, wenn wie nach einer mir gegebenen Auskunft des Auswärtigen Amts das Kabinett den Aktionsplan noch vor der Sommerpause verabschiedet haben wird?

21. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aus menschenrechtlicher Perspektive vor dem Hintergrund aktueller Meldungen, nach denen der Sudan im Mai 2016 442 Eritreer nach Eritrea abgeschoben habe, ohne dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) Zugang zu diesen Personen zu gestatten und zu erlauben abzuklären, wer von ihnen Asylanträge stellen wolle, der Sudan dem UNHCR auch den Zugang zu 62 Äthiopiern, denen die Abschiebung droht, verweigert habe (www.hrw.org/news/2016/05/30/sudan-hundreds-deported-likely-abuse), der Sudan außerdem jüngst 32 Eritreer wegen illegalen Grenzübertritts verurteilt habe und ihnen mit der Abschiebung drohe, ohne ihnen das Recht zu gewähren, um internationalen Schutz nachzusuchen (www.acjps.org/32-eritreans-at-risk-of-forced-return-from-sudan-2/), und der Sudan zudem in den letzten Wochen in Khartum hunderte Eritreer zusammengetrieben, verhaftet und teilweise schon abgeschoben habe (www.irinnews.org/news/2016/05/25/sudan-and-eritrea-crackdown-migrants-amid-reports-eu-incentives), und wie rechtfertigt die Bundesregierung angesichts dieser Meldungen die eigenen sowie die EU-Bestrebungen, im Rahmen des Khartum-Prozesses mit der sudanesischen Regierung und den dortigen Sicherheitskräften eng bei der Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration zu kooperieren?

22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie definiert oder umschreibt die Bundesregierung den Begriff „belastbare Erkenntnisse“ (unter Bezugnahme auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Umsetzung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens“ der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 18/8654, in der, zu Frage 7a, Berichte von Amnesty International zu rechtswidrigen Massenabschiebungen an der türkisch-syrischen Grenze als nicht belastbare Erkenntnisse bezeichnet werden; den Begriff bitte auch gegen den Begriff bloßer „Erkenntnisse“ abgrenzen), und inwiefern hat die Bundesregierung versucht, die vorgenannten Berichte von Amnesty zu überprüfen und zu verifizieren (z. B. Kontaktaufnahme mit Amnesty International oder anderen Nichtregierungsorganisationen etc.)?

23. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit ist der Bundesregierung die Kritik von Amnesty International bekannt, das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen erfülle nicht die drei völkerrechtlichen Kriterien für die Rücksendung von Flüchtlingen – die Geflohenen hätten dort keinen sicheren Rechtsstatus, weil die türkischen Behörden mit der Bearbeitung der Asylanträge überfordert seien und die Antragsteller oft jahrelang in Ungewissheit leben müssten; den Flüchtlingen würde keine dauerhafte Perspektive geboten, da es für viele Flüchtlinge weder die Option einer dauerhaften Niederlassung in der Türkei noch die Aussicht auf eine Ansiedlung in einem anderen Gastland gebe; den vielen Flüchtlingen würden weder Versorgung noch Unterkunft geboten, so dass rund drei Millionen Flüchtlinge und Asylbewerber sich selbst überlassen sind und selbst eine Bleibe finden müssen (AFP vom 3. Juni 2016) –, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre Unterstützung dieses Flüchtlingsabkommens?

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern haben die Bundesregierung und die Deutsche Botschaft Dhaka öffentlich bzw. gegenüber der Regierung von Bangladesch auf die Ermordung der bangladeschischen Menschenrechtsaktivisten Xulhaz Mannan und Mahbub Rabbi Tonoy am 25. April 2016 (www.telegraph.co.uk/news/2016/04/25/leading-gay-rights-activist-hacked-to-death-in-bangladesh/) reagiert, und welche Maßnahmen haben sie seitdem ergriffen, um

zu einer Verbesserung des Schutzes von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen in und aus Bangladesch beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Entscheidungen des griechischen Asylkomitees, wonach die Türkei kein sicherer Drittstaat sei (www.proasyl.de/news/eu-tuerkei-deal-berufungsinstanz-stoppt-abschiebungen-in-die-tuerkei/)?

26. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Anzahl der Flüchtlinge, die bis Ende Mai 2016 auf Grund und seit Abschluss des Abkommens mit der Türkei von dort legal nach Deutschland gekommen sind (bitte nach Kindern, Frauen und Männern und deren Berufsausbildung aufschlüsseln), und wie viele Flüchtlinge sind von den Ländern der Europäischen Union seit Beginn dieses Jahres aufgenommen worden auch entsprechend dem in der EU vereinbarten Verteilerschlüssel (bitte nach den aufnehmenden EU-Ländern aufschlüsseln)?

27. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zu den Umständen des verspäteten Auffindens eines weiteren Mobiltelefons und später auch noch mehrerer SIM-Karten des ehemaligen V-Mannes des Bundesamts für Verfassungsschutz, R., Deckname „Corelli“, in den Räumen des Amts und zu ihrer Bewertung dieses Vorgangs, und wer trägt nach Auffassung der Bundesregierung die politische Verantwortung für diese Missstände?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Windenergieanlagen stehen zurzeit auf Flächen, welche sich im Besitz des Bundes befinden, und auf welchen Betrag belaufen sich die Pachteinnahmen des Bundes aus diesen Anlagen jährlich (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

29. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie ist die Begründung im Entwurf eines Integrationsgesetzes zu Nummer 1 Buchstabe a, § 1a Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) regele bislang nur Leistungseinschränkungen bei Zuständigkeit eines anderen Staates im Rahmen der Dublin-Verordnung, damit vereinbar, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 29 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7834 noch klarstellte, dass dies gerade nicht der Anwendungsbereich von § 1a Absatz 4 AsylbLG ist, sondern dass es ausschließlich um Fälle von Personen geht, die sich entgegen einer anders lautenden Umsiedlungsentscheidung infolge eines Ratsbeschlusses der EU (es geht dabei nicht um Dublin-Fälle) in Deutschland aufhalten, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die – nach meiner Auffassung – inhaltlich falsche Gesetzesbegründung richtigzustellen, damit es nicht unter Berufung auf diese Begründung zu ungerechtfertigten Leistungskürzungen oder Fehlurteilen in der Rechtsprechung kommt (bitte ausführen)?

30. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gilt nach Einschätzung der Bundesregierung nach derzeitiger Rechtslage die Regelung zu den temporären Bedarfsgemeinschaften, nach der der Regelsatz von zwischen den Haushalten von getrennt lebenden Eltern wechselnden Kindern auf beide Elternteile aufgeteilt wird, nur bei den Kindern,

bei denen beide Elternteile Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) beziehen, oder auch bei den Kindern, bei denen nur eines der Elternteile Leistungen nach dem SGB II bezieht?

31. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Würde nach der im Kabinett vom 4. Mai 2016 beschlossenen Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag zum Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung bei getrennt lebenden Eltern die Aufteilung des Regelsatzes der Kinder, die zwischen den Haushalten ihrer Eltern wechseln, auf beide Elternteile nur für die Eltern gelten, bei denen beide Elternteile Leistungen nach dem SGB II beziehen, oder auch bei den Eltern, bei denen nur eines der Elternteile Leistungen nach dem SGB II bezieht?

32. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welcher finanzielle und personelle Verwaltungsaufwand ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Anrechnung des Einkommens und Vermögens auf Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen derzeit notwendig?

33. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Wie viele Menschen mit Behinderungen sind nach Informationen der Bundesregierung derzeit von der Anrechnung des Einkommens und Vermögens auf Leistungen für behinderte Menschen betroffen?

34. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus der Einigung des Koalitionsausschusses am 1. Juni 2016 für die Inhalte des Bundesteilhabegesetzes, und welche konkreten Änderungen am Referentenentwurf wird die Bundesregierung vornehmen?

35. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren entwickelt, die in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe leben?

36. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)

Mit Einsparungen in welcher Höhe rechnet die Bundesregierung im Zuge der Einführung der gemeinsamen Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen, dem sogenannten Zwangs-Pooling, auch in Hinblick auf die damit verbundene Zumutbarkeitsprüfung?

37. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Wie viele Menschen mit Behinderungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in einer Werkstatt beschäftigt, und wie hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Werkstätten für behinderte Menschen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

38. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Mit wie vielen Übergängen von Menschen mit Behinderungen aus einer Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt rechnet die Bundesregierung im Hinblick auf die Einführung eines „Budgets für Arbeit“?

39. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die Anwartschaften auf eine betriebliche Altersvorsorge (ohne Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes – ZÖD) erworben haben, am Anteil aller Beschäftigten, und in wie vielen dieser Fälle beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitgeber finanziell an der betrieblichen Altersvorsorge bzw. finanzieren diese allein (bitte getrennt für alte und neue Bundesländer aufschlüsseln)?

40. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Zahlbeträge aus betrieblicher Altersvorsorge (ohne ZÖD) für Beschäftigte kleiner und mittelständischer Unternehmen (bitte getrennt für alte und neue Bundesländer aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Details kann die Bundesregierung zur Einhaltung des Zeitplans für die Beschaffung von Kampfdrohnen mitteilen, der nach gegenwärtigem Stand eine Bewertung der Zulassungsfähigkeit und Waffenintegration für die als „Überbrückungslösung“ geltende Auswahlentscheidung „Heron TP“ bis zum zweiten Quartal 2016 vorsieht (Newsletter Verteidigung, Ausgabe 21/2016), woraufhin der Abschluss von Vertragsverhandlungen zur Ausgestaltung des Leasings mehrerer „Heron TP“ erfolgen soll (bundeswehr.de vom 13. Januar 2016), um anschließend ein Vergabeverfahren zur Bewaffnung mit „Wirkmitteln“ zu eröffnen, jedoch ab dem Jahr 2025 auf die bis dahin zu entwickelnde „europäische Lösung“ für bewaffnungsfähige Drohnen umgestiegen werden soll, wozu die Bundesregierung eine zweijährige Definitionsstudie für eine solche europäische Drohne der MALE-Klasse (MALE: Medium Altitude Long Endurance) beginnen will, und was ist für die „Herstellung der Voraussetzungen“ erforderlich, damit die Bundesregierung mit „Systemherstellern von Effektoren“ erstmals Kontakt zur Bewaffnung der Drohnen aufnimmt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7725)?

42. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie viele der im Rahmen von EU NAVFOR MED Operation Sophia gefassten Personen, die unter dem Verdacht der „Schleusertätigkeit“ (Menschenhandel/Menschenschmuggel) stehen, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bestehen der Mission festgestellt (bitte nach Monaten und Tatbeständen angeben), und mit welchem Ergebnis wurden im Zusammenhang mit einer „Schleusertätigkeit“ bzw. „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ nach Kenntnis der Bundesregierung Verfahren abgeschlossen (Einstellungen, Verurteilungen etc.)?

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333